

++++
Newsletter Natur- und Umweltschutz 2/2009 von Gisela Splett,
umweltpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion Baden-Württemberg
++++

Liebe Leserinnen und Leser,

die Haushaltsberatungen sind vorbei und die Debatten zum Haushalt des Umweltministeriums und des Ministeriums Ländlicher Raum können in den Landtagsdrucksachen nachgelesen werden (unter www.landtag-bw.de/Wp14/Plp/14_0060_13022009.pdf bzw. www.landtag-bw.de/Wp14/Plp/14_0058_11022009.pdf). Die Haushaltsentwürfe waren noch vor den diversen Konjunkturprogrammen entstanden und hatten somit einen gewissen virtuellen Charakter.

Die aktuellen Debatten sind von der Finanzkrise geprägt, die das Thema Klimakrise ein Stück weit verdrängt hat. Spürbar ist dabei aber der Versuch, alle Maßnahmen mit einem Anstrich der „Nachhaltigkeit“ zu versehen, selbst die „Abwrackprämie“ wird so zur „Umweltprämie“. Dass die Schwerpunktsetzungen aber noch die alten sind, zeigt beispielhaft die Gegenüberstellung zweier Pressemitteilungen der Landesregierung vom 25.03.: Beim Nachhaltigkeitskongress 2009 in Stuttgart wurde stolz verkündet, dass „1,2 Millionen Euro für die Umsetzung von Ergebnissen aus sechs laufenden Projekten freigegeben“ wurden. Gleichzeitig meldete das Verkehrsministerium, dass die Landesregierung entschieden habe, „aus dem zur Stärkung der Konjunktur aufgelegten Landesinfrastrukturprogramm für die Erhaltung des Landesstraßennetzes in den Jahren 2009 und 2010 zusätzlich 70 Millionen zu verwenden.“

Ich hoffe, Ihnen mit diesem Newsletter ein paar interessante Informationen zu übermitteln. Falls Sie weitere Ausgaben nicht mehr erhalten wollen, reicht eine kurze Nachricht an mein Büro, das sich aber natürlich über positive Reaktionen noch viel mehr freut ☺

Mit herzlichen Grüßen aus Karlsruhe/Stuttgart,

Gisela Splett

1) ANTRAG „Konsequente Umsetzung der EG-Umgebungsrichtlinie“

Die Frist zur Aufstellung von Lärmaktionsplänen der 1. Stufe der Richtlinie 2002/49/EG endete am 18. Juli 2008. Daher habe ich mich nach dem Stand der Umsetzung erkundigt. Laut Umweltministerium wurden nur zwei Lärmaktionspläne fristgerecht verabschiedet und ca. 60 weitere Pläne sind bzw. waren in Vorbereitung. Für Schienenverkehrslärm fehlen noch immer Kartierungsergebnisse, für die das Eisenbahnbundesamt zuständig ist, obwohl die Frist hierfür bereits im Juli 2007 endete.

Bei der Beratung des Antrags im Umweltausschuss habe ich kritisiert, dass die Landesregierung die EU-Umgebungslärmrichtlinie nicht offensiv für eine wirksame und zeitnahe Verbesserung des Lärmschutzes der Bevölkerung nutzt. Die Tatsache, dass das Umweltministerium den Kommunen die Aufstellung von Lärmaktionsplänen erst ab bestimmten Mindestbetroffenenzahlen und Lärmwerten empfiehlt, halte ich in der Zielsetzung für falsch und auch rechtlich nicht für tragfähig. Meiner Meinung nach haben die Menschen in lärmbelasteten Bereichen unabhängig von den vom Umweltministerium eingeführten „Auslösewerten“ ein Recht auf Mitwirkung bei der Aufstellung eines Lärmaktionsplans. Die Rechtsauffassung bzgl. der Notwendigkeit eines Lärmaktionsplans für den Flughafen Stuttgart ist für mich ebenfalls nicht nachvollziehbar. Meines Erachtens gibt es keine Zweifel daran, dass ein Lärmaktionsplan aufgestellt werden muss. Dritter Kritikpunkt meinerseits ist die Haltung der Landesregierung bzgl. der Möglichkeit, in Lärmaktionspläne auch Maßnahmen an Landes- und Bundesstraßen aufzunehmen. Hier hat die Regierung das „Kooperationsprinzip“ vorgegeben, d.h. die BürgerInnen kriegen nur dann Lärmschutz, wenn die Straßenbauverwaltung

einverstanden ist und nicht die Interessen des fließenden Verkehrs höher wertet als die Interessen der AnwohnerInnen.

Antrag: www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_3960

2) ANTRAG „UMWELTVERTRÄGLICHE ERDWÄRMENUTZUNG“

Die Erdwärmennutzung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Die Nutzung der Erdwärme ist grundsätzlich ein wichtiger Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz. Ein weiterer Ausbau wird deshalb von der Landesregierung angestrebt. Allein bei der Nutzung der Geothermie zur Wärmeerzeugung sieht das Energiekonzept des Landes eine Steigerung von 0,15 TWh/a in 2006 auf 1,0 TWh/a in 2020 vor. Vor diesem Hintergrund habe ich mich nach Anzahl, regionaler Verteilung und Wirkungsgrad der Anlagen erkundigt.

In letzter Zeit ist nicht nur bei der Tiefengeothermie, sondern auch bei oberflächennaher Erdwärmennutzung wiederholt über Schäden bzw. Risiken berichtet worden. Seitens der Wasserversorger gibt es Befürchtungen, dass durch die zunehmende Zahl von Erdwärmesonden erhebliche Gefahren für die Qualität des Grundwassers und damit des Trinkwassers entstehen. Auch hierüber geben der Antrag und die Antwort des Ministeriums Auskunft.

Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14_3988_d.pdf

3) ANTRAG „EFFEKTIVER UND NATURNAHER HOCHWASSERSCHUTZ“

In den Hochwasserschutz investiert das Land seit Jahren Millionen, sowohl an den großen Flüssen Rhein, Donau und Neckar, sowie an den zuführenden Flüssen und Bächen. In der Umsetzung spielen jedoch technische Bauwerke zum Hochwasserschutz die Hauptrolle. Diese sind meist mit hohen Kosten verbunden und stehen häufig in Konflikt mit dem Naturschutz. Im Sinne einer an der Sicherheit der Bevölkerung ausgerichteten und gleichzeitig nachhaltigen Hochwasserpoltik sollte verstärkt nach gewässer- und auenverträglichen Lösungen gesucht werden.

Ich finde, der vorsorgende Hochwasserschutz muss den Gewässern mehr Raum geben, die Auen schützen und eine angepasste Landnutzung in den Einzugsgebieten unterstützen!

Auch die Erstellung von Hochwassergefahrenkarten und die Ausnahmeregelungen zum Bauen in Überschwemmungsgebieten sind Themen meines Antrags zum Hochwasserschutz

Antrag: www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_4194

4) ANTRAG „EIN JAHR „AKTIONSPLAN BIOLOGISCHE VIELFALT“

Die Erstellung eines Aktionsplans „Sicherung der Biodiversität in Baden-Württemberg“ war bereits in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen und wurde in der Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt. Offiziell gestartet wurde der „Aktionsplan Biologische Vielfalt“ im Frühjahr 2008. Der Aktionsplan soll laut Minister Hauk „dazu beitragen, die Lebensbedingungen unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt vor Ort tatkräftig und nachhaltig zu verbessern“.

Ein Jahr nach Start des Aktionsplans soll der vorliegende Antrag den Stand des Projekts aufzeigen und damit auch Hinweise für notwendige Nachbesserungen geben.

Aus GRÜNER Sicht ist das - auch im Rahmen des Aktionsplans sichtbare - bürgerschaftliche Engagement für den Naturschutz zu loben. Gleichzeitig fordern wir aber ein verstärktes Engagement der Landesregierung und weisen darauf hin, dass die 111 Arten, die laut Aktionsplan Biologische Vielfalt besonders auf Hilfe angewiesen sind, durch Aufnahme in den „111-Arten-Korb“

allein leider nicht wirksam geschützt sind. Seit Start des „Aktionsplans“ ist vielerorts in den Lebensraum genau dieser Arten eingegriffen worden. Neue Gewerbegebiete statt Lebensraum für Feldlerche oder Kiebitz, Großbauprojekt statt Mauereidechsen-Biotop – das ist leider die Realität in Baden-Württemberg.

Antrag: www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_4195

5) KLEINE ANFRAGE „FELD- UND WALDWEGEBAU- FLÄCHENVERBRAUCH UND VERLUST BIOLOGISCHER VIELFALT DURCH KONJUNKTURPROGRAMM“

Im Rahmen des Sonderprogramms „Modernisierung ländliche Wege“ stehen 5 Mio. Euro bereit, gleichzeitig wurden im Naturschutzhaushalt des Landes für 2009 drei Mio. Euro weniger eingestellt, als vom Ministerium selbst geplant. Daher sah ich mich veranlasst, nach den Folgen des Wegebaus zu fragen. Besonders in Hinsicht auf sensible und gefährdete Arten, die Zerschneidung von Lebensräumen, die Versiegelung von Flächen und den vorsorgenden Hochwasserschutz.

Anfrage: www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_4192

6) KLEINE ANFRAGE „VERWENDUNG VON RECYCLINGPAPIER AN DEN HOCHSCHULEN IM LAND“

In der Landesverwaltung hat die Verwendung von Recyclingpapier erfreulicherweise zugenommen. Mit meiner Anfrage möchte ich nun einen Überblick über die Verwendung von Recyclingpapier an den Hochschulen bekommen und dort die umweltfreundliche Beschaffung fördern.

Anfrage: www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_4125

7) KLEINE ANFRAGE „EINSATZ VON SILBERIONEN IN ALLTAGSPRODUKTEN“

Silber wird aufgrund seiner antibakteriellen Eigenschaften bereits in zahlreichen Produkten des täglichen Lebens, wie Kleidung (z.B. Socken), Zahnbürsten, Waschmaschinen oder Waschbällen, eingesetzt und gewinnt zunehmend an Bedeutung. Mögliche Risiken durch die Anreicherung in Sedimenten und Böden, aber auch die Gefahr von Resistenzbildung bei Bakterien – nicht nur gegenüber Silber sondern auch gegenüber Antibiotika – sind nicht abschließend untersucht. Solange diese Risiken nicht ausgeschlossen werden können, sollte der Einsatz bioziden Silbers in Alltagsgegenständen meines Erachtens mit Vorsicht erfolgen. Die Landesregierung sollte die Entwicklung mit entsprechenden Messungen, wie z.B. der Silbergehalte in Kläranlagen, aufmerksam beobachten.

Anfrage: www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_4241

8) ABGEORDNETENBRIEFE

KONJUNKTURPROGRAMM-MITTEL FÜR MAßNAHMEN ZUR WIEDERVERNETZUNG VON LEBENS-RÄUMEN AN BESTEHENDEN AUTOBAHNEN UND BUNDESSTRASSEN: Ich setze mich dafür ein, dass die zur Verfügung stehenden Mittel tatsächlich in die Wiedervernetzung von Lebensräumen statt in Straßensanierung und -neubau fließen. Um den Druck in diese Richtung etwas zu erhöhen, habe ich den Innenminister angeschrieben und auf die Notwendigkeit hingewiesen, die vorhandenen Planungen schnellstmöglich zusammenzutragen.

ILLEGALE ENTSORGUNG VON ABFÄLLEN: Zum Thema „verschwundener Gewerbemüll“ habe ich noch mal nachgefragt, welche Firmen aus Baden-Württemberg im Fall der illegalen Ablagerung in Brandenburg und Sachsen-Anhalt verwickelt waren und ob es weitere Fälle gibt, in die Firmen aus Baden-Württemberg involviert sind.

ÖKOLOGISCHE KRITERIEN BEI DER BESCHAFFUNG VON DIENSTKLEIDUNG: Die Herstellung der neuen Polizeiuniformen für Baden-Württemberg steht kurz vor der Ausschreibung. Die Einhaltung von sozialen Mindeststandards bei der Produktion hatten wir GRÜNE schon mal im Rahmen eines Antrags thematisiert. In einem Abgeordnetenbrief habe ich nun Herrn Minister Rech auf die Frage ökologischer Kriterien angesprochen und zum Ausdruck gebracht, dass ich es begrüßen würde, wenn zumindest ein Teil der „Kollektion“ aus Bio-Baumwolle gefertigt werden könnte. Hingewiesen habe ich auf ein positives Beispiel aus Zürich.

SCHUTZ DER VÖGEL VOR DEM STROMTOD: Bezugnehmend auf Aussagen im Rahmen der Beratung unserer Anträge zu Vogelschutz an Stromleitungen im vergangenen Sommer haben der FDP-Abgeordnete Bullinger und ich beim Ministerium Ländlicher Raum nachgehakt, was sich seitdem getan hat. Nach Auskunft des Ministeriums besteht regelmäßiger Kontakt zu den Energieversorgern. Die Energieunternehmen wurden auch auf Ihre Mitwirkungsmöglichkeiten beim Aktionsplan Biologische Vielfalt (111-Arten-Korb) hingewiesen. Das Ministerium weist darauf hin, dass freiwillige Nachrüstungsmaßnahmen unternehmensintern zukünftig wohl schwerer durchsetzbar seien, da die damit verbundenen Kosten von der Bundesnetzagentur nicht anerkannt würden. Daher wolle das Ministerium bei der Regulierungsbehörde auf die Anerkennung von freiwilligen Maßnahmen zum Vogelschutz hinwirken. Für den Spätherbst ist nach Auskunft des Ministeriums eine Veranstaltung für Vertreter von EVUen und Naturschutzverbänden angedacht.

Die genannten Abgeordnetenbriefe (und die Antworten, sobald sie vorliegen) können bei Interesse in meinem Büro angefordert werden.

9) UMWELTPOLITISCHES IM UND UM DEN WAHLKREIS

ANTRAG: „AUTOBAHNANBINDUNGEN UND BIOLOGISCHE VIELFALT BEIM BADEN-AIRPORT UND BEI RASTATT“

Derzeit laufen aktuelle Planungen der Landesregierung und des RP Karlsruhe hinsichtlich der Anbindung des Baden-Airparks an die Autobahn sowie in großer Nähe dazu Planungen für den Ausbau der Anschlussstelle Rastatt-Nord vom Halbkleeblatt zum Vollkleeblatt. In beiden Fällen werden wertvolle Landschaftsteile, Vorkommen gefährdeter Arten und die Lebensqualität der AnwohnerInnen stark beeinträchtigt. Untersuchungen aus dem Jahr 1998 ergaben, dass die Anbindung des Baden-Airparks über die sogenannte Ostanbindung besonders kritisch zu beurteilen ist. Neue Nachweise der Wildkatze in der mittleren Oberrheinebene verschärfen die Problematik.

Antrag: www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_4074

ANTRAG: „AUFKLÄRUNG VON WIDERSPRÜCHLICHEN ÄUßERUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEM VERKAUF EINER LANDESEIGENEN FLÄCHE IN RHEINSTETTEN AN DIE EDEKA-GRUPPE“

Mit meinem Antrag möchte ich die widersprüchlichen Aussagen, sowohl zur Wertermittlung wie zum Stand der Kaufverhandlungen, klären. Außerdem fordere ich eine verlässliche Unterrichtung des Parlaments über den Sachstand.

Antrag: www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/3000/14_3971_d.pdf

Pressemitteilung: <http://www.gisela-splett.de/Presse-Fleisch5.htm>

Weitere PRESSEMITTEILUNGEN zu umweltpolitischen Themen im Wahlkreis befassten sich mit der NORDTANGENTE (www.gisela-splett.de/Presse-Nordtangente5.htm, www.gisela-splett.de/Presse-Nordtangente6.htm) und mit dem Zustand des BOTANISCHEN GARTENS der Universität (www.gisela-splett.de/Presse-Hochschulgarten3.htm).

10) PRESSEMITTEILUNGEN

In verschiedenen Pressemitteilungen habe ich mich zur aktuellen Themen geäußert, u.a. zum Scheitern des Umweltgesetzbuches (www.gisela-splett.de/Presse-UGB.htm), zur Ökokonto-Verordnung (www.gisela-splett.de/Presse-Oekokonto.htm), zu den Umweltzonen ein Jahr nach ihrer Einführung (www.gisela-splett.de/Presse-Feinstaub2.htm) und zur Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung (www.gisela-splett.de/Presse-Nachhaltigkeit6.htm).

++++
Gisela Splett MdL
Büro im Landtag
Mitarbeiter: Alexander Geiger
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Telefon: 0711-2063-966
Fax: 0711-2063-660
Mail: gisela.splett@gruene.landtag-bw.de
Homepage: www.gisela-splett.de
++++